

27. März 2018

Gutachterkommission

Überprüfung einer ärztlichen Behandlung C und S

Sehr geehrte Frau

in obiger Angelegenheit beziehe ich mich auf Ihr Schreiben vom 06.03.2018, insbesondere auf die Überreichung des Sachverständigengutachtens des Herrn Prof. Dr. W vom 29.01.2018.

In Ihrem Anschreiben wird mitgeteilt, dass dieses Gutachten gem. § 8 Abs. 3 des Statuts erstattet worden ist. Dieses kann diesseits nicht nachvollzogen werden, da in dem Gutachten Fragen nicht beantwortet wurden, so dass keine abschließende Würdigung hätte erfolgen dürfen.

Zudem wird es als Frechheit empfunden, dass auf Seite 2 des Gutachtens unter 5) zu lesen ist, dass das Verfahren gegen Herrn Dr. A zurückgezogen wurde, da diesseits Klage erhoben worden ist. Bekanntermaßen ist Herr Dr. A dem Verfahren nicht beigetreten, so dass bereits diese vom Gutachter mitgeteilte Feststellung absolut fehlerhaft ist.

Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang nicht nachzuvollziehen, warum sich der Gutachter ab Seite 6 mit der Angelegenheit Dr. A beschäftigt, obwohl dieser dem Verfahren nicht beigetreten ist.

So heißt es auf Seite 6: „In einem Brief an den HNO-Arzt Dr. A werfen die Eltern ihm vor, dass er bei Verdacht auf Hörminderung lediglich einen Paukenerguss festgestellt und sie damit getröstet habe....“

Die vorgenannte Äußerung ist nicht nur aus dem Zusammenhang gerissen, sondern sie umfasst auch keinesfalls den Vorwurf gegen Herrn Dr. A

Feststellen möchte ich nochmals, dass überprüft werden sollte, inwieweit die Schwerhörigkeit von C ggf. durch die Geburt bzw. durch die Gabe von Medikamenten hervorgerufen worden ist.

Aus diesem Grunde sind die vom Gutachter getroffenen Äußerungen zum gerichtlichen Klageverfahren absolut falsch.

Seltsamerweise wird nun in dem Klageverfahren von der Gegenseite auf genau dieses Gutachten hingewiesen, so dass sich die Frage stellt, wie Herr Dr. A. von dem Gutachten Kenntnis erlangt hat, obwohl er gar kein Beteiligter mehr ist?

Ferner teilt der Gutachter auf Seite 8 mit, dass es keine verbindliche Festlegung gibt, ab wann eine Antibiose durchgeführt wird. Er verweist hier auf Standards, die ihm jedoch von der beteiligten Klinik nicht vorlagen. Nichtsdestotrotz hielt er die Gabe eines Antibiotikums für sachgerecht. Hier bitte ich zunächst, die Klinik anzuweisen, diese Standards auch bezüglich der Eingangsuntersuchung und der Interventionen bei der Geburt bekannt zu geben, damit diese Aussage überhaupt überprüfbar ist.

Anliegend überreiche ich Ihnen weiterhin die Stellungnahme meiner Mandantschaft, aus der sich die Unvollständigkeit des Gutachtens ergibt.

Nach alledem beantrage ich gem. § des Statuts die Erstattung eines abschließenden Gutachtens unter Berücksichtigung sämtlicher Stellungnahmen durch die Gutachterkommission.

Letztlich beantragt meine Mandantschaft nochmals kurzfristig Akteneinsicht. Obwohl diese lieber die Akteneinsicht bei Ihnen vor Ort tätigen würde, erklären sich meine Mandanten auch bereit, dass Sie uns die Akte zusenden.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwältin

Anlagen (2)